



## **Stellungnahme des Migrant\_innenbeirats zur MIA-Drucksache G-21/231 „Sicherstellung der medizinischen Versorgung vulnerabler Gruppen mit beschränktem Zugang zum Gesundheitssystem“**

Der Migrant\_innenbeirat ist überzeugt, dass alle Menschen mit gleichen Rechten auf Leben, Entfaltung und Teilhabe geboren werden und daher kein Mensch „illegal“ sein kann.

Deshalb dankt er allen Akteuren und vor allem Medinetz und den unterstützenden Ärzten, die bisher aus der Regelversorgung ausgeschlossenen Menschen in Freiburg die nötige medizinische Versorgung ermöglicht haben.

Unser Dank gilt auch den Gemeinderäten und städtischen Ämtern, die sich bemüht haben, trotz angespannter Haushaltslage einen Weg zu finden, diesem Problem durch die Schaffung einer Anlaufstelle mit zumindest einer hauptamtlich beschäftigten Person den ihm gebührenden Stellenwert zu geben.

Auch wenn eine höhere finanzielle Unterstützung wünschenswert gewesen wäre, bedeutet der vorliegende interfraktionelle Antrag aus unserer Sicht einen bedeutenden Schritt in die richtige Richtung, so dass wir den Mitgliedern des Gemeinderates empfehlen, den Sperrvermerk aufzuheben und dem Antrag für die 1-jährige Pilotphase zuzustimmen.

Bei der Ausgestaltung der konkreten Arbeit sind folgende Punkte besonders wichtig:

1. müssen mit unserem städtischen Leitbild Integration sowie mit der Menschenwürde vereinbare nachhaltige Dauerlösungen für alle von dieser Ausgrenzung betroffenen Menschen gefunden werden. Dabei müssen neben medizinischen und rechtlichen Aspekten auch Integrationspotentiale und Schutzbedürftigkeit der Betroffenen angemessen berücksichtigt werden.
2. Es müssen alle Möglichkeiten genutzt und wo nötig und möglich auch neue geschaffen werden, um die Integration in die medizinische Regelversorgung sowie einen rechtmäßigen Aufenthalt und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.
3. Ein gutes Arbeitsverhältnis auf Augenhöhe zwischen Medinetz/FRABS e.V. und den anderen beteiligten Akteuren inklusive den beteiligten städtischen Ämtern.
4. Damit Betroffene sich der Anlaufstelle auch anvertrauen und vor einer nötigen Behandlung nicht zurückschrecken, muss Anonymität u.a. durch anonymisierte Behandlungsscheine absolut verlässlich gewährleistet werden.
5. Dass in der Pilotphase geprüft wird, ob eine einzige hauptamtliche Sozialarbeiterkraft mit Unterstützung von ehrenamtlichen Helfern die hohen Anforderungen an eine solche Tätigkeit bewältigen kann oder zumindest eine zweite hauptamtliche Kraft mit gleicher oder ähnlicher Fachkompetenz nötig ist?

Der Migrant\_innenbeirat wird die Pilotphase aufmerksam verfolgen und sich dafür einsetzen, dass diese wichtige Arbeit auch im Jahr 2023 unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse fortgesetzt werden kann.